

Unterägeri, 8. November 2011



Leserbrief zur Revision des Steuergesetzes

Kein Russisches Roulette in der Steuerpolitik

Die exorbitante Frankenstärke bedroht die Schweizer Exportindustrie und den Tourismus. Viele Betriebe verlängern die Arbeitszeiten, andere haben bereits die Entlassung von Tausenden von Angestellten in Aussicht gestellt. Irland, das hierzulande oft und gerne als Benchmarkvergleich in Sachen Unternehmenssteuern herangezogen wurde, hängt am Tropf jener EU-Partner, denen es vorher fleissig das Steuersubstrat abgegraben hat. Die bürgerliche Finanzdirektorin im wichtigsten Kanton der Schweiz will die Steuern massiv erhöhen und in vielen anderen Regionen weltweit stehen Steuererhöhungen ebenfalls im Raum.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Schulden- und Vertrauenskrise stehen die Zentralschweizer Kantone mit ihren Steuersenkungen ziemlich alleine da. Die relative Attraktivität unseres Steuerstandortes hat sich - auch im Vergleich zu den internationalen Konkurrenten - weiter erhöht. Wenig überraschend stellt auch die CS in einer kürzlichen Studie fest, dass in der Zentralschweiz der Steuerwettbewerb mit einer wohl weltweit einzigartig hohen Intensität und auf kleinstem Raum geführt werde.

Im Angesicht der sich abzeichnenden deutlichen Eintrübung der Konjunktur ist es unvorsichtig und leichtfertig, dem Kanton und unseren Gemeinden über 50 Millionen Franken an Steuersubstrat zu entziehen. Zudem hätten Gewinnsteuersenkungen den absurden Effekt, dass vor allem profitable und deshalb von der Frankenstärke weniger bedrohte Betriebe die höchsten Steuerentlastungen erfahren dürften. Und die eher als Trostpflasterchen einzustufenden Erhöhungen der Kinder- und Sozialabzüge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass aufgrund der hohen Lebenskosten immer mehr Familien unseren Kanton verlassen müssen.

Im Sinne einer nachhaltigen Fiskalpolitik wäre es zum jetzigen Zeitpunkt wohl angezeigt, einen Marschhalt einzulegen. Die regierungsrätliche Strategie sieht ein „Wachstum mit Grenzen“ vor. Mit diesem „race to the bottom“ bewegen wir uns allerdings in eine andere Richtung. Deshalb am 27. November Nein zur Revision des Steuergesetzes!

Martin B. Lehmann, Kantonsrat, Unterägeri